

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT

Zu Punkt **8.12**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes
vom 28.11.2024



05.11.2024

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 28.11.2024, betreffend

BUDGET KONSOLIDIEREN UND SPIELRÄUME FÜR WICHTIGE INVESTITIONEN SCHAFFEN

Begründung:

Die EU-Kommission fordert von Österreich und anderen EU-Mitgliedsstaaten in den nächsten Jahren Einsparungen in Milliardenhöhe. In den letzten Wochen wurden deshalb im politischen Diskurs unterschiedliche Maßnahmen ins Spiel gebracht, die vom Anheben von Massensteuern bis hin zum Aussetzen des Klimabonus reichen.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass bei gleichzeitigen europaweiten Bemühungen um Budgetkonsolidierung in wirtschaftlich schwachen Zeiten das Risiko weiterer Konjunkturerinbrüche besteht¹.

Die nächste Bundesregierung soll deshalb dort ansetzen, wo durch Einsparungen gleichzeitig auch andere Lenkungseffekte entstehen, um Spielräume für Investitionen in die Transformation der Wirtschaft zu schaffen.

Klimaschädliche Subventionen als Hebel für Einsparungen

Erst 2022 hat das Wifo seine Analyse der klimaschädlichen Subventionen in Österreich erneuert und dabei die Summe von jährlich bis zu 5,7 Mrd. Euro genannt, die der österreichische Staat über direkte und indirekte Subventionen verteilt. Nicht nur liegt die Höhe der jährlichen klimaschädlichen Subventionen weit über dem Niveau der notwendigen Einsparungen, um die Maastricht Kriterien einzuhalten; diese Art von

¹ <https://wiiw.ac.at/fiscal-consolidation-and-its-growth-effects-in-euro-area-countries-past-present-and-future-outlook-dlp-7016.pdf>

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



„Subventionen konterkarieren Klimaschutzbemühungen, widersprechen dem Verursacherprinzip und verstärken Marktverzerrungen und den ‚Carbon Lock-in‘“².

Die zukünftige Bundesregierung soll bei der notwendigen Budgetsanierung mit den, auch schon im Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) als reformbedürftig angeführten, klimaschädlichen Subventionen beginnen: Die vom WIFO genannten direkten und indirekten Subventionen sollen ökologisiert, sozial verträglich adaptiert oder abgeschafft werden.

Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament fordert das Präsidium der Wirtschaftskammer Österreich auf, sich bei der zukünftigen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die vom WIFO als direkte und indirekte klimaschädliche Subventionen kategorisierten Budgetpositionen ökologisch und sozial vertretbar reformiert werden. Dadurch soll ein Teil der von der EU-Kommission geforderten Einsparungen erreicht und der für die ökologische Transformation der Wirtschaft notwendige Budgetspielraum sichergestellt werden.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sabine Jungwirth

Anja Haider-Wallner

Christine Seemann

² https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2332/s_2022_klimakontraproduktive_subventionen_69687_.pdf p. 2

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Georg Kaltschmid

Hans Arsenovic

Markus Ertel

Rita Newman